

## **Protokoll**

---

**Zeit:** 14:10 Uhr – 17:50 Uhr

**Ort:** Konferenzzentrum im Ludwig Erhard Haus

**Vorsitz:** Präsidentin Dr. Beatrice Kramm

**Anwesend:** Die in der Anwesenheitsliste verzeichneten Mitglieder  
Jan Eder (Hauptgeschäftsführer)  
Christoph Irrgang (stellvertretender Hauptgeschäftsführer)  
Katja Steinbrück  
Vesna Mokorel Kalusa (Protokollführerin)

### **Tagesordnung:**

- TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlungssitzung vom 20. September 2017**
- TOP 2: Arbeitsprogramm 2018**
- TOP 3: Digitalisierungsstrategie der IHK Berlin**
- TOP 4: Finanzen der IHK Berlin**
- TOP 5: Beteiligung der IHK Berlin an der Messe Berlin GmbH**
- TOP 6: Bildungsprojekte der IHK Berlin**
- TOP 7: Regularien**
- TOP 8: Verschiedenes**

**Frau Dr. Kramm** berichtet von einer personellen Veränderung beim Hauptamt. Nachdem Herr Wiesenhütter zum 31. Dezember 2017 altersbedingt aus der IHK Berlin ausgeschieden ist, haben das Präsidium und der Hauptgeschäftsführer in der letzten Präsidiumssitzung einvernehmlich Herrn Christoph Irrgang als stellvertretenden Hauptgeschäftsführer benannt. Frau Dr. Kramm freut sich über diese Entscheidung und wünscht Herrn Irrgang für seine neue Funktion alles Gute.

**Herr Dr. Schweitzer** gibt in seiner Funktion als DIHK-Präsident einen Überblick über die an dem Tag abgeschlossenen Sondierungsgespräche von CDU/CSU und SPD zur Regierungsbildung. Bedeutsam für die Wirtschaft sind insbesondere Verabredungen zum

Weiterausbau der Verkehrsinfrastruktur - inklusive Breitbandausbau, zu nicht beabsichtigten Steuererhöhungen sowie zu einer nachhaltigen Stärkung des Bildungssystems.

Die Vollversammlung genehmigt sodann einstimmig die Tagesordnung.

Beim Eintritt in die Tagesordnung sind 63 Mitglieder der Vollversammlung anwesend.

### **TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlungssitzung vom 20. September 2017**

**Herr Eder** berichtet zum Ergebnis seines Gesprächs mit Frau Delègue bezüglich ihres Einwands zum Protokoll der letzten Sitzung. Hier wurde die Kommunikationsstrategie der IHK Berlin gegenüber ihren Mitgliedern in Bezug auf politische Themen diskutiert. Beide waren sich einig, dass Transparenz und Mitgliederorientierung weiterhin oberstes Gebot sind, dies aber bei politischen Themen immer auch mit der notwendigen Sensibilität geschehen muss. In der kommenden Sitzung soll der Vollversammlung die Kommunikationsstrategie bezüglich politischer Themen vertieft vorgestellt werden. Mit dieser protokollierten Verabredung bleibt es bei der ursprünglichen Fassung des Protokolls vom 20. September 2017.

**Die Vollversammlung genehmigt sodann bei einer Enthaltung die Niederschrift der Vollversammlungssitzung vom 20. September 2017.**

### **TOP 2: Arbeitsprogramm 2018**

**Herr Eder** geht auf das Arbeitsprogramm für das Jahr 2018 ein. Die IHK Berlin ist gesetzlich zur Wahrnehmung der Interessen der Berliner Wirtschaft verpflichtet und sollte daher zu allen wirtschaftspolitischen Themen arbeits- und aussagefähig sein. Gleichzeitig legitimiert das von der Vollversammlung beschlossene Arbeitsprogramm die inhaltliche Arbeit der IHK Berlin auch in rechtlicher Hinsicht. In ihrer letzten Sitzung hat die Vollversammlung Schwerpunkte gesetzt, die sich nun im Arbeitsprogramm wiederfinden.

**Die Vollversammlung beschließt einstimmig das Arbeitsprogramm 2018, wie mit Anlage 2 zur Einladung vorgeschlagen.**

### **TOP 3: Digitalisierungsstrategie der IHK Berlin**

**Herr Wolter** stellt anhand der als Anlage 3 beigefügten Präsentation die Digitalisierungsstrategie der IHK Berlin vor. Digitalisierung und ihre Entwicklungen sind ein Thema, das in den kommenden Jahren sehr stark die inhaltliche Arbeit und Arbeitsweise prägen wird. Da die IHK Berlin hier eine Vorreiterrolle in der IHK-Organisation übernommen hat, hat sie eine eigene Digitalisierungsstrategie erarbeitet. Im Zentrum stehen Effizienzziele

(Aufwandsreduktion), Kundenorientierung und Entbürokratisierung (mehr digitale Angebote, zentraler Zugang zu verschiedenen Angeboten, Antragsdigitalisierung) sowie die Sicherstellung der gesetzlichen Rahmenbedingungen (z.B. eGov, Datenschutz). Im Jahre 2018 wird für den IT-Betrieb und die laufende Instandsetzung ein jährlicher Sockelbetrag in Höhe von 4,3 Mio. Euro benötigt. Das darüber hinausgehende Budget in Höhe von 3,3 Mio. Euro fließt in die Digitalisierung der IHK.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich **Frau Dr. Kramm** sowie die **Herren Eder, Patz, Schmidt** und **Wolter**. Hinterfragt werden die monetären Aspekte der neuen Digitalisierungsstrategie, die Fähigkeit der Organisation, die Digitalisierung zu stemmen sowie die Einbindung des Ehrenamtes in Digitalisierungsprozesse. Die Digitalisierungsstrategie verfolgt eine Vielzahl ineinander verflochtener Ziele, Effizienzsteigerung und Aufwandsenkung sind dabei ein Aspekt. Die monetären Vorteile lassen sich im Rahmen der Projektplanung an einzelnen Anwendungsfällen aufzeigen. In den Digitalisierungsprozess waren auch verschiedene Gremien eingebunden. Die IHK Berlin sieht sich aufgrund der etablierten Prozesse und Strukturen im Prozess- und Projektmanagement gut dafür gerüstet, ihre Digitalisierungsstrategie umzusetzen.

### **TOP 4: Finanzen der IHK Berlin**

#### **1. Feststellung des Jahresabschlusses 2016 und Entlastung der Wirtschaftsführung 2016**

**Frau Dr. Kramm** weist darauf hin, dass das Haushaltsjahr 2016 mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen wurde und würdigt die herausragenden Leistungen der Berliner Wirtschaft, die zu diesem Ergebnis entscheidend beigetragen haben.

**Herr Fahlbusch**, leitender Prüfer der Rechnungsprüfungsstelle (RPS), berichtet über die Prüfungsschwerpunkte für das Wirtschaftsjahr 2016. Er bestätigt, dass der Wirtschaftsplan ordnungsgemäß aufgestellt und vollzogen und die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit eingehalten wurden. Allerdings sind für das Wirtschaftsjahr 2016 vier Nachgenehmigungen erforderlich. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung und Wirtschaftsführung verwiesen, die als Tischvorlage zu TOP 4 ausgelegt wurden und dem Protokoll als Anlage 4 beigefügt sind.

**Frau Witt**, die Vorsitzende der Etatkommission, berichtet anhand der als Anlage 5 beigefügten Präsentation. Sie erläutert die Zusammensetzung des Ergebnisses von 19.596,8 T Euro (Folie 3).

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die **Herren Eder, Fahlbusch, Hübner und Irrgang**. Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes war nicht einkalkuliert worden, welcher Sondereinsatz durch die Vorbereitung der Vollversammlungswahl und die Umstrukturierung der IHK Berlin erforderlich sein würde. Vor diesem Hintergrund war das geplante Budget bei dem Haushaltstitel „Prämien für besondere Leistungen“ nicht ausreichend geplant.

**Die Vollversammlung beschließt zunächst bei zwei Enthaltungen, die Abstimmung über alle Nachgenehmigungen der Planüberschreitungen en bloc durchzuführen.**

**Bei einer Gegenstimme genehmigt die Vollversammlung folgende Planüberschreitungen:**

- **Mehrauszahlungen für Prämien für besondere Leistungen in Höhe von zusammen 39.200 €.**
- **Mehrentnahme aus der Rücklage für Risiken außerhalb BilMoG in Höhe von 694.940 € als geplant.**
- **Bildung der Rücklage Unterschiedsbetrag Pensionsrückstellung und Dotierung in Höhe des Unterschiedsbetrages gemäß § 253 Abs.6 HGB von 4.612.568 €.**
- **Ungeplante Auflösung von Finanzanlagen zugunsten des Umlaufvermögens in Höhe von 2.692.500 €.**

**Die Vollversammlung stimmt sodann bei einer Enthaltung der Feststellung des Jahresergebnisses 2016 zu.**

**Anschließend stimmt die Vollversammlung bei drei Enthaltungen dem Beschluss über die Ergebnisverwendung 2016, inklusive Einstellung der 9,1 Mio. Euro in die Digitalisierungsrücklage, zu.**

**Herr Dreusicke** beantragt die Entlastung des Präsidiums und der Geschäftsführung.

**Abschließend erteilt die Vollversammlung dem Präsidium und der Geschäftsführung bei zehn Enthaltungen die Entlastung für die Wirtschaftsführung 2016.**

## **2. Änderung der Gebührenordnung**

**Herr Irrgang** erläutert, dass die Gebührenordnung die Gebührensätze für alle hoheitlichen Aufgaben der IHK Berlin enthält. Aufgrund einer Gesetzesänderung müssen im Jahr 2018 neue Gebührentatbestände im Bereich der Sachkundeprüfung Versicherungsvermittler/-berater sowie für die Eintragung in das amtliche Verzeichnis für präqualifizierte Unternehmen eingeführt werden. Des Weiteren sind redaktionelle Änderungen der Gebührenordnung vorgenommen worden.

**Die Vollversammlung beschließt sodann bei einer Gegenstimme die Änderung der Anlage zur Gebührenordnung, wie in der Anlage 5 zur Einladung vorgeschlagen.**

### **3. Haushaltsentwicklung 2017, Wirtschaftsplan 2018 und mittelfristiges Erfolgsszenario, Wirtschaftssatzung 2018**

**Frau Dr. Kramm** freut sich, dass der Wirtschaftsplan 2018 erstmals seit vielen Jahren der in anderen IHKs üblichen Struktur entspricht. Mit dem Erwerb des Erbbaurechts am Ludwig Erhard Haus sind nun die sehr hohen Leasingraten entfallen. Aufgrund dieser Entlastung können Grundbeiträge und Umlage um rund 20 Prozent gesenkt werden. Der Umlagehebesatz würde danach auf 0,17 Prozent sinken. Mit dem Erwerb des Erbbaurechts hat die IHK Berlin damit auch den Standort und die Marke LEH gesichert.

**Frau Witt** knüpft an und berichtet zunächst anhand der als Anlage 6 beigefügten Präsentation zur Haushaltsentwicklung 2017 (Folien 2-5). Sie erläutert die wichtigsten Aspekte, die für den Haushalt 2017 und das voraussichtlich um 13,2 Mio. Euro höhere Ergebnis maßgeblich waren. Abschließend geht sie noch auf die Rücklagenveränderungen im Forecast 2017 ein und betont, dass die Hochrechnung für das Jahr 2017 nur minimal von den geplanten Ausgaben abweicht.

Anhand der als Anlage 6 beigefügten Präsentation erläutert Frau Witt die wesentlichen Einflussfaktoren für den Haushalt 2018 (Folien 3-11): Auch in 2018 wird der Erwerb des Erbbaurechts prägendster Faktor werden, denn der Haushalt soll dadurch um 7,4 Mio Euro entlastet werden. Frau Witt beschließt die Haushaltsthemen mit ihrem Bericht zur mittelfristigen Finanz- und Risikoplanung (Folien 12-15). Mittelfristig dürften die Haushalte der IHK Berlin trotz der Beitragssenkungen strukturell ausgeglichen bleiben. Auch das Thema Digitalisierung wird maßgeblich für die kommenden Jahre sein. Die dafür gebildete und im Plan 2018 mit 9,1 Mio. Euro dotierte Digitalisierungsrücklage zur Finanzierung der mittelfristigen Digitalisierungsstrategie soll im Zeitraum 2018 bis 2021 aufgebraucht werden.

**Die Vollversammlung beschließt sodann einstimmig die Wirtschaftssatzung 2018, wie in der Anlage 17 zur Einladung vorgeschlagen.**

**Frau Dr. Kramm** dankt Frau Witt, den Mitgliedern der Etatkommission, Herrn Irrgang und Herrn Meerstein sowie ihren Mitarbeitern für die gute und sorgfältige Arbeit und für das große Engagement bei diesem Thema.

#### **TOP 5: Beteiligung der IHK Berlin an der Messe Berlin GmbH**

Die Messe Berlin ist ein wichtiger Stakeholder der Wirtschaftsförderung im Land Berlin. **Frau Dr. Kramm** berichtet, dass auch die IHK Berlin Gesellschafterin ist und an der Messe Berlin GmbH Anteile in Höhe von 0,13 Prozent besitzt und damit sicherstellt, dass in die Messepolitik wirtschaftliche Expertise einfließt. Im letzten Jahr wurde nun ein

Sanierungsbedarf der Messe Berlin in Höhe von 450 Mio. Euro festgestellt und dessen Finanzierung auf 15 Jahre festgelegt. Der einzige Weg zu einer rechtlich gesicherten Finanzierung macht die Übertragung der Grundstücke, auf denen sich die Messegebäude befinden, vom Land auf die Messe Berlin GmbH nötig. Das Abgeordnetenhaus will diesem Vorgang aber nur zustimmen, wenn die Messe Berlin GmbH eine 100-prozentige Gesellschaft des Landes Berlin ist. Diese Forderung geht ordnungspolitisch in die falsche Richtung und ist finanzpolitisch unnötig. Trotzdem ist der Senat auf die IHK mit dem Wunsch zugekommen, ihre Anteile zu erwerben. Da die IHK der Sanierung der für Berlin wichtigen Messe nicht im Wege stehen möchte, ist sie gesprächsbereit und erwartet ein Angebot des Senats als deutliches Zeichen der Wertschätzung für die Rolle der Berliner Wirtschaft im Rahmen der Wirtschaftsförderung. Nach Abschluss der Gespräche, wird die Vollversammlung - voraussichtlich in ihrer Märzsession - eine Entscheidung über diese Frage treffen müssen.

An der anschließenden Diskussion zum weiteren Vorgehen beteiligen sich **Frau Dr. Kramm** sowie die **Herren Eder, Hübner, Kölpin, Rückel** und **von Seyfried**. Der Vollversammlung ist bei diesem Thema besonders wichtig, dass die Bedeutung der IHK Berlin auf die Wirtschaftsförderung des Landes auch durch eventuelle Veräußerung ihrer Anteile an der Messe Berlin GmbH nicht verringert wird.

### **TOP 6:        Bildungsprojekte der IHK Berlin**

**Herr Eder** stellt der Vollversammlung aufgrund der als Anlage 7 beigefügten Präsentation zunächst die Idee und die Historie des Projektes Talente Check vor und geht anschließend auf das weitere Vorgehen ein. Wenn die Vollversammlung der Einrichtung des Projektes zustimmt, soll demnächst mit den Kooperationspartnern ein Kooperationsvertrag mit einem konkreten Zeit-, Maßnahmen- und Kostenplan ausgehandelt werden.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die **Damen Aue, Jaeschke, Kircher, Mrowetz** und **Tittel** sowie die **Herren Eder, Hübner, Kaupert, Lüske, Rückel** und **Schmidt**. Die Vollversammlung signalisiert breite Zustimmung für dieses Projekt. Dabei ist ihr auch wichtig, dass das Ziel des Projektes, seine stadtweite Umsetzung mit den beiden Kooperationspartnern (Senatsverwaltung für Bildung und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit) sowie die mögliche Organisation und Finanzierung Auftrag und Zielen der IHK entspricht.

Die Vollversammlung fasst sodann folgende Beschlüsse:

**Die Vollversammlung beschließt einstimmig die Einrichtung eines „Talente Checks“ als Projekt mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) und der RD Berlin-Brandenburg (RD BB) als Partnern.**

**Die Vollversammlung stimmt bei einer Enthaltung zu, dass die IHK Berlin die Finanzierung der Kosten für Umbau, Ausstattung und Planungsleistungen sowie eines IHK-Showrooms für duale Ausbildung übernimmt. SenBJF übernimmt als Projektträger die Finanzierung eines Teiles des laufenden Betriebes (z.B. Personalkosten, Unterhalt, Sachkosten, Evaluation) und die RD BB übernimmt die Finanzierung des anderen Teiles des laufenden Betriebes (z.B. Berufsberater, Sachkosten, Testverfahren und –durchführung). In Projektbegleitung und –controlling stellt die IHK Berlin sicher, dass das Gesamtprojekt im Sinne der Berliner Wirtschaft verläuft. Die IHK Berlin wird in die Projektsteuerung in allen Details (auch bei Modulen ohne IHK-Finanzierung) gleichberechtigt eingebunden und hat Zugang zu allen Schülern der 8. Klassen des entsprechenden Schuljahrgangs.**

**Bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen beschließt die Vollversammlung dann, dass die Finanzierung der IHK Berlin als Zuwendung aus der Rücklage für Bildungsprojekte in Höhe von gut 3 Mio. Euro erfolgt.**

**Abschließend beauftragt die Vollversammlung einstimmig das Hauptamt für einen konkretisierenden Beschluss in der Vollversammlungssitzung im März 2018 einen unterschriftsreifen Kooperationsvertrag auszuhandeln und einen Zeit-, Maßnahmen- und Kostenplan vorzulegen.**

**Frau Dr. Kramm** ruft das Thema Weiterführung des Lenkungskreises Bildungsprojekte auf, das schon in der letzten Sitzung der Vollversammlung thematisiert wurde. Die Vollversammlung hatte sich dafür ausgesprochen, den Lenkungskreis auch in dieser Legislaturperiode weiterzuführen. Im Nachgang zur Sitzung gab es für die Mitarbeit im Lenkungskreis jedoch nur eine Interessensbekundung. Deshalb schlägt sie vor, die verbleibenden administrativen Aufgaben bei der Betreuung der laufenden Bildungsprojekte künftig dem Hauptamt zu überlassen. Bei Veränderungen wird regelmäßig in der Vollversammlung berichtet und den darüber hinaus interessierten Vollversammlungsmitgliedern die Möglichkeit eines informellen Austausches angeboten.

**Die Vollversammlung stimmt sodann der vorgeschlagenen Vorgehensweise bei vier Enthaltungen zu.**

**TOP 7: Regularien**

**1. Änderung der Beitragsordnung**

**Herr Irrgang** erläutert, dass die Beitragsordnung der IHK Berlin das Verfahren der Beitragserhebung bei den Mitgliedern der IHK Berlin regelt. Mit der Änderung soll nun zum einen sichergestellt werden, dass die Finanzverwaltung auch in Zukunft der IHK Berlin die Umsätze von Mitgliedsunternehmen automatisiert übermitteln kann. Zum anderen wird mit der Änderung die Möglichkeit geschaffen, künftig Beitragsbescheide auch elektronisch zu versenden.

**Die Vollversammlung beschließt anschließend einstimmig die Änderung der Beitragsordnung, wie in Anlage 19 zur Einladung vorgeschlagen.**

**2. Wahl weiterer Mitglieder des Beitragsausschusses**

**Frau Dr. Kramm** informiert die Vollversammlung, dass ein Mitglied des Beitragsausschusses im Nachgang zur Wahl sein Mandat im Ausschuss niedergelegt hat. Da dem Beitragsausschuss so nur noch drei Mitglieder angehören, sollen in der Sitzung weitere Mitglieder gewählt werden. Für eine Mitarbeit im Beitragsausschuss haben im Nachgang zur letzten Sitzung Frau Barbara Jaeschke, Herr Rainer Frohloff und Herr Carsten Henselek ihr Interesse bekundet. Frau Dr. Kramm bedankt sich bei den Kandidaten für ihre Bereitschaft.

**Herr Frohloff, Herr Henselek und Frau Jaeschke** stellen sich der Vollversammlung vor.

**Die Vollversammlung stimmt sodann bei einer Enthaltung zu, die Wahl weiterer Mitglieder des Beitragsausschusses offen durchzuführen. Dann beschließt die Vollversammlung bei einer Enthaltung, die Wahl en bloc durchzuführen. Abschließend wählt die Vollversammlung bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen Herrn Rainer Frohloff, Herrn Carsten Henselek und Frau Barbara Jaeschke in den Beitragsausschuss der IHK Berlin.**

Herr Frohloff, Herr Henselek und Frau Jaeschke bedanken sich und nehmen die Wahl an.

**3. Nachberufungen in die Ausschüsse der IHK Berlin**

Seit der letzten Vollversammlungssitzung wurden weitere Interessen für die Mitarbeit in den Ausschüssen der IHK Berlin bekundet. Die Kandidatenliste wurde der Vollversammlung mit der Einladung zugesandt.

**Die Vollversammlung stimmt den Berufungsvorschlägen, wie in der Anlage 22 zur Einladung zugesandt, einstimmig zu.**



### 4. Weiterentwicklungsausschuss

**Frau Dr. Kramm** informiert die Vollversammlung, dass weiterhin nur wenige Interessensbekundungen aus der Mitte der Vollversammlung an einem solchen Ausschuss vorliegen. Deshalb hat das Präsidium in seiner letzten Sitzung beschlossen, sich diesem Thema anzunehmen und die Aufgaben dieses Ausschusses selbst zu übernehmen.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die **Damen Jaeschke** und **Dr. Kramm** sowie **Herr Schmidt**. Es wird angeregt, zukünftig die Arbeit bei diesem Thema so zu gestalten, dass bei bestimmten Fragen nicht nur Präsidiums- sondern auch interessierte Vollversammlungsmitglieder an der Diskussion mitwirken können.

**Die Vollversammlung stimmt dieser Vorgehensweise bei zwei Enthaltungen zu.**

### TOP 8: Verschiedenes

#### 1. Berufsbildungsausschuss

**Herr Dr. Pahl** informiert die Vollversammlung anhand der als Anlage 8 beigefügten Präsentation, dass für die Periode 2018 bis 2022 seitens der IHK Berlin wieder Kandidaten für die Wahl des Berufsbildungsausschusses vorgeschlagen werden müssen. Der gesetzlich vorgesehene Berufsbildungsausschuss, dem jeweils sechs Vertreter (und ihrer Stellvertreter) der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Lehrer angehören, ist zuständig für Anhörung und Unterrichtung zu allen wichtigen Angelegenheiten der beruflichen Bildung sowie für Erlass von Rechtsvorschriften zur Durchführung der Berufsbildung. Kandidaten für die Arbeitgeberseite nominiert die Vollversammlung. Die Mitglieder des Berufsbildungsausschusses werden anschließend durch die Aufsichtsbehörde (Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen) berufen. Über die Vorschläge wird die Vollversammlung in ihrer nächsten Sitzung im März entscheiden.

#### 2. Anträge Herr Janßen

**Frau Dr. Kramm** informiert die Vollversammlung, dass Herr Janßen im Vorfeld zur Sitzung einen Antrag angekündigt hat, eine neue Geschäftsordnung mit dem Text der alten Periode zu beschließen. Sehr viele Regelungen aus der alten Geschäftsordnung wurden allerdings bereits in die Satzung der IHK Berlin übernommen. Dazu verweist Frau Dr. Kramm auf die Synopse, die als Tischvorlage ausliegt und dem Protokoll als Anlage 9 beigefügt ist. Sie sieht deshalb zu diesem Zeitpunkt keine Notwendigkeit, eine neue Geschäftsordnung zu verabschieden.

**Herr Janßen** führt aus, dass die Übernahme der Regelungen aus der alten Geschäftsordnung kein Hindernis für Verabschiedung einer neuen Geschäftsordnung sei

und setzt sich dafür ein, dass die Vollversammlung die Einsetzung einer neuen Geschäftsordnung mit dem Text der alten Geschäftsordnung beschließt.

**Die Vollversammlung lehnt sodann bei fünf Zustimmungen und 20 Enthaltungen den Vorschlag Herrn Janßens ab.**

**Frau Dr. Kramm** schließt die Sitzung um 17.50 Uhr.

Berlin, den 26. Januar 2018



Frau Dr. Kramm  
Präsidentin



Jan Eder  
Hauptgeschäftsführer

Anlagen:

Anlage 1: Anwesenheitsliste

Anlage 2: Arbeitsprogramm 2018

Anlage 3: Präsentation Digitalisierungsstrategie 2018

Anlage 4: Tischvorlage Jahresabschluss 2016

Anlage 5: Präsentation Jahresabschluss 2016

Anlage 6: Präsentation Finanzen 2017/2018

Anlage 7: Präsentation Talente Check

Anlage 8: Präsentation Berufsbildungsausschuss

Anlage 9: Tischvorlage Vergleich Geschäftsordnung der Vollversammlung (alt) und die Satzung der IHK Berlin